

SO SEHEN WIR ES

Herausgeber: SP Wädenswil
Postfach 242, 8820 Wädenswil
Druck: Printoset, Horgen
Erscheint 6mal jährlich
Nr. 1 Januar 1980

Pg 15769

Inhalt

	Seite
Gedanken zur Regionalplanung	1
Die Grünen kommen	2
Kriminalität und Strafvollzug	3
Wahlrückblick	5
Onkel Wädi antwortet	5
Interview	6
Legenden um den Hunger	7
Splitter	7
Veranstaltungen, Gratulationen, Wetterprognose	8

Gedanken zur Regionalplanung

EIN ERSTER SCHRITT ZUR DEMOKRATISCHEN VERFUEGUNG UEBER DEN BODEN
-- ODER EIN FETZEN PAPIER, EINE BESTAETIGUNG, DASS 'DIE DA' DOCH
MACHEN WAS SIE WOLLEN?

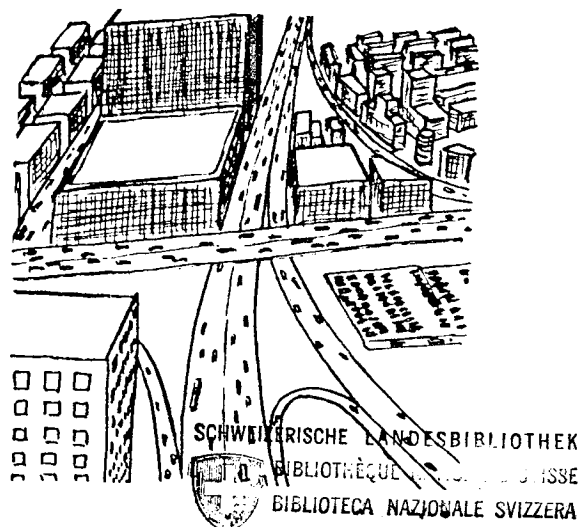
Allgemein beklatscht wurden die Zielsetzungen. Halten sie, was sie versprechen? 2 Beispiele:

"Schutz der Landschaft vor störenden baulichen Eingriffen."

- Halbstädtisch oder ländlich?
Im regionalen Gesamtplan werden Adliswil, Rüschlikon, Thalwil, Horgen (ohne Arn), Wädenswil (ohne Au!) und Richterswil als halbstädtisch, die andern Baugebiete als ländlich bezeichnet. Betrachtet man die Vorschriften über ländliche (max. 3 Geschosse, max. Ausnützung 65%, z.B. Eichweid-Quartier) und halbstädtische Ueberbauung (max. 5 Geschosse, max. Ausn. 105%, Seegut und Büelen haben eine geringere Ausnützung), so sollte an den Hängen des Zürichsees überhaupt nur 'ländlich' gebaut werden. Falsch scheint mir vor allem, dass nebst den Zentrumsgemeinden auch Rüschlikon und Richterswil als halbstädtisch eingestuft werden sollen. Hoffentlich kann das durch das Auflageverfahren noch verhindert werden.

- Trenngebiete.
Es wurde erwogen, zwischen verschiedenen Gemeinden Trenngebiete (Grüngürtel zwischen den Baugebieten) festzulegen. Finanzielle Erwägungen (Entschädigungen) haben die Mehrzahl der Delegierten dazu bewogen, keine Trenngebiete auszuscheiden.

MAN KANN DEN PELZ NICHT WASCHEN,
OHNE IHN NASS ZU MACHEN;
DEMOKRATISCHE PLANUNG NICHT TREIBEN,
OHNE DAS BODENRECHT ZU REVIDIEREN.



"Kanalisation des privaten, regionalen Verkehrs zum Schutz der Wohngebiete."

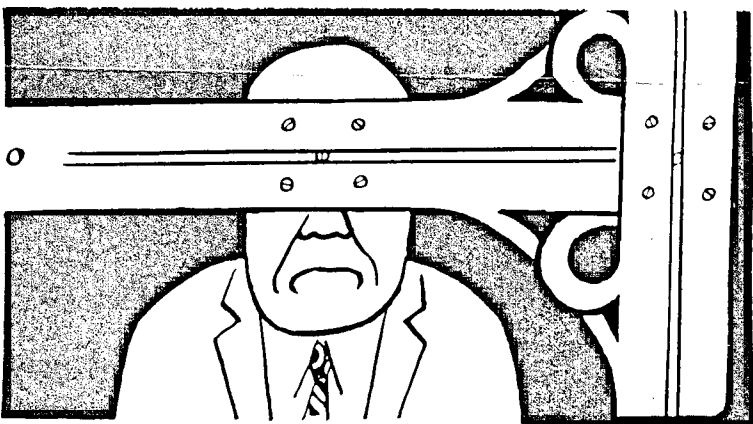
Der Strassenzug Einsiedlerstrasse - alte Landstrasse (Horgen-Oberrieden-Thalwil) wurde nicht in den regionalen Plan aufgenommen. Die Bevölkerung dieser Gemeinden erhält so die Möglichkeit, sich dafür einzusetzen, den Durchgangsverkehr auf die Autobahn und die Seestrasse zu weisen und die Wohngebiete vor Lärm und Gestank besser zu schützen.

Leider wurde die Nordtangente in Adliswil in den Verkehrsplan aufge-

nommen, ein untaugliches Mittel um das Problem (starke Pendlerbewegung Innerschweiz-Sihltal-Zürich) sinnvoll zu lösen. Ein Trost: Mit der Aufnahme in den regionalen Plan ist die Strasse noch lange nicht gebaut.

KEIN REGIONALES DENKEN

Man hat also einiges erreicht, aber auch vieles verpasst. Verpasst ist vor allem die Chance, die Planungsprobleme von einem regionalen Standpunkt aus anzugehen. Die Hemmung, auf eine neue Art, eben regional, zu denken, wurde noch verstärkt durch den komplizierten Aufbau des Planungs- und Baugesetzes und die Unsicherheit bei dessen Auslegung. Sicher hat sich aber auch die Sitzordnung in der Delegiertenversammlung (gemeindeweise!) negativ ausgewirkt. Die SP-Vertreter der verschiedenen Gemeinden sind jedenfalls überzeugt, dass ihre gemeinsamen Vorbereitungssitzungen viel dazu beigetragen haben, dass sie nicht einfach vom lokalen Standpunkt aus argumentierten.



Planer von gestern
planen die Welt von morgen

HOFFNUNG AUF DIE PLANUNG IN DEN GEMEINDEN

Während die Regionalplanung für den einzelnen Bürger etwas 'ab vom Geschütz' liegt, wird er durch die Planung in der Gemeinde viel direkter betroffen. 1980/81 sollen die kommunalen Richtpläne und anschliessend die Nutzungspläne erarbeitet werden. Hier gilt es nun, mit Phantasie die berechtigten Anliegen grosser Bevölkerungsteile zu realisieren. Für uns Wädenswiler scheint mir die Gestaltung des Dorfkerns und die Freihaltung des Stoffels besonders wichtig. Für die einzel-

2 nen Wohngebiete ist zudem anzustreben, dass die Bevölkerung viel direkter ihre unmittelbare Umgebung mitgestalten kann.

Josef Dorfschmid, Delegierter Planungsgruppe Zimmerberg



Die Grünen kommen!

Mit grün sind nicht die Umweltschutzparteien gemeint, sondern die grünen Einzahlungsscheine für das SO-Abonnement 1980. Das SO wird weiterhin - in Gegensatz zu andern Zeitungen wie Tagi usw. - gleichviel kosten wie im Jahr 1979, nämlich genau 5 Franken. Parteimitglieder erhalten die Zeitschrift gratis.

Aber auch wir müssen sparen. Aus diesem Grund wird unsere Zeitschrift in Zukunft ohne Couverts versandt. Nur so ist es uns möglich, 6 Nummern pro Jahr zu garantieren.

1979 produzierten wir mit 6 Nummern total 44 Seiten. Der Einzelpreis pro Nummer betrug durchschnittlich Fr.1.10. Darin sind nur die Druck- und Versandkosten einberechnet. Alles übrige, wie Artikel schreiben, Zeichnungen, Layout etc., wird in der Freizeit von den Mitarbeitern gratis gemacht. Herzlichen Dank allen, die regelmässig oder unregelmässig mitgearbeitet haben. Auch im neuen Jahr werden wir uns Mühe geben, eine interessante, informative und unterhaltende Zeitschrift zu machen.

Wir danken auch jenen Lesern, die uns im vergangenen Jahr mündlich oder schriftlich kritisiert, aufgemuntert oder Verbesserungsvorschläge vorgebracht haben. Allen Leserinnen und Lesern danken wir für ihre Treue zu unserer Zeitschrift und hoffen, dass sie auch 1980 wieder mit Fr.5.- dabei sein werden. Das Redaktionsteam wünscht allen Leserinnen und Lesern im neuen Jahr alles Gute.

Für die Redaktion:

Herman Koch



Aufgepasst:

Seit dem 1. Januar ist das nebenstehende Verbot in Kraft!!

Denkverbot

«Der Unterstellte führt einen Befehl auch dann aus, wenn er dessen Sinn und Zweck nicht zu erkennen vermag.

(Ziffer 211 im neuen Dienstreglement der Schweizer Armee «DR 80»)

Kriminalität und Strafvollzug

ARGUMENTE (A) UND GEGENARGUMENTE (GA)

A: Der Strafvollzug hat vor allem die Aufgabe, die Gesellschaft vor Verbrechern zu schützen. Aendern kann man Kriminelle nämlich nicht, sie sind so geboren.

GA: Kriminell ist man nicht durch Vererbung, sondern weil man nicht gelernt hat, mit den Anforderungen des Lebens (v.a. mit Konfliktsituationen) auf angemessene Art fertig zu werden. Dieser Lernprozess lässt sich mit entsprechender Hilfe nachholen.

A: Viele haben ein schweres Schicksal und werden doch nicht kriminell!

GA: Die Unfähigkeit, Konflikte angemessen zu bewältigen, kann sich auch anders äussern, z.B. in Depressionen, Neurosen, Geisteskrankheiten, Suchtkrankheiten, psychosomatischen Krankheiten, Selbstmord. Wie diejenigen, die von solchen Leiden betroffen sind, brauchen auch "Kriminelle" nicht Strafe, sondern Hilfe.

A: Diese Leute müssten sich eben etwas zusammenreissen.

GA: Kriminelles und anderes Fehlverhalten hat seine Wurzeln in der frühen Kindheit. Die in vielen Jahren eingeschliffenen Verhaltensweisen und die ihnen zugrundeliegenden Gefühle sind stärker als die Vernunft. Deshalb können die "Versager" sich nicht ohne Hilfe ändern, selbst wenn sie es möchten.

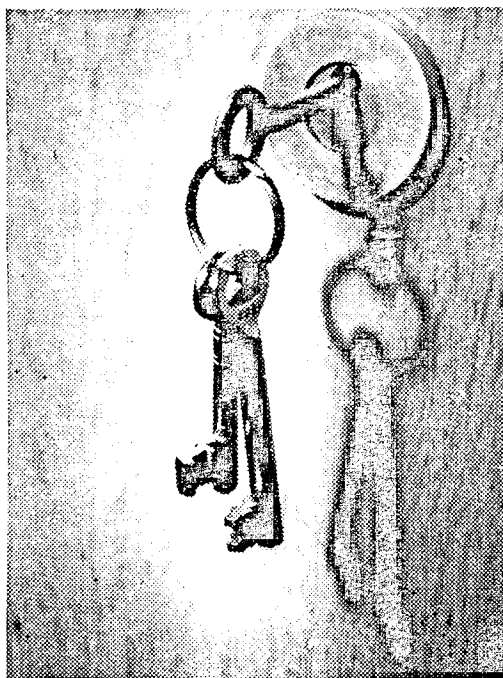
A: Meistens sind ungeordnete Familienverhältnisse schuld, wenn ein Kind später kriminell wird.

GA: Bestimmte Umweltbedingungen, wie z.B. unvollständige Familie, spielen bei Fehlentwicklungen oft mit, sind aber weder Ursache noch Bedingung. Viel wichtiger ist das Verhalten der Eltern und anderer Erzieher. Weil dieses Verhalten sehr stark durch die gesellschaftlichen Bedingungen (z.B. entnervende Arbeit, finanzielle Sorgen, "gängige" Erziehungsregeln) beeinflusst wird, ist eine missglückte Erziehung in der Familie nicht "Privatsache" und alleinige Schuld der Eltern. Wir alle tragen Verantwortung dafür.

A: Angehörige der Unterschicht werden häufiger kriminell als Angehörige

der Mittel- und Oberschicht.

GA: "Kriminell" ist eigentlich jedes gesellschaftsschädigende Verhalten. Weil aber in der Praxis Parlamentarier, Richter und Beamte - also meist Angehörige der Mittel- und Oberschicht - die Gesetzgebung und deren Auslegung bestimmen, werden die in diesen Schichten üblichen Formen gesellschaftsschädigenden Verhaltens (z.B. Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung) schlechter erfasst und milder bestraft als die typischen Delikte der Unterschicht (z.B. Diebstahl). Zudem werden Angehörige "besserer Kreise" erwiesenermassen auch bei gleichen Delikten weniger häufig angezeigt und weniger hart bestraft als etwa Arbeiter.



A: Für die Täter bringt man heutzutage mehr Verständnis auf als für die Opfer!

GA: Wer Verbesserungen im Strafvollzug fordert, will nicht einfach den Gefangenen das Leben erleichtern, sondern vor allem erreichen, dass sie nicht mehr straffällig werden. Jeder Erfolg dabei ist auch ein Erfolg für mögliche Opfer. Dass der Staat bereits Betroffenen beistehen soll, bleibt dabei unbestritten.

A: Straftäter brauchen eine strenge Führung, die ihnen beibringt, wie man arbeitet und sich anpasst.

GA: Arbeitszwang und Disziplin sind keine Erziehungsmethoden, da sie

den Gefangenen nicht ändern, ihm keine neuen Problemlösungsmöglichkeiten zeigen. Der harte, autoritäre Strafvollzug ist deshalb nicht nur unmenschlich, sondern auch erfolglos. Das Ziel der "Resozialisierung" wird in den meisten Fällen nicht erreicht; oft ist das Gefängnis sogar eine eigentliche "Schule des Verbrechen". Beweis dafür ist die Rückfallquote: Straffällige, deren erste Verurteilung bedingt oder auf Geldstrafe lautet, werden zu 20% rückfällig, solche, die ihre erste Strafe absitzen müssen, zu 74%.

Dass ehemalige Gefangene rückfällig werden, hängt unter anderem damit zusammen, dass das Bestehen in einem herkömmlichen Gefängnis vom Gefangenen Verhaltensweisen erfordert, die ihn in der Freiheit in Schwierigkeiten bringen: Unselbständigkeit, Heuchelei, Duckmäusertum.

A: Soll man denn Straftäter einfach laufen lassen?

GA: Ein Teil der kurzen Freiheitsstrafen könnte durch ambulante Behandlung, Arbeitseinsätze, Laufzeit-Geldbussen und Führerausweisentzug ersetzt werden. Für schwerere Fälle heisst die Alternative Behandlungsvollzug. Dabei werden die Lebensbedingungen in der Anstalt soweit als möglich denen "draussen" angepasst; es findet eine intensive Betreuung und ein eigentliches Verhaltenstraining statt. Mit den Einsparungen durch die kleinere Zahl von Gefangenen können die Mehrkosten für ambulante Therapie und für den Behandlungsvollzug gedeckt werden.

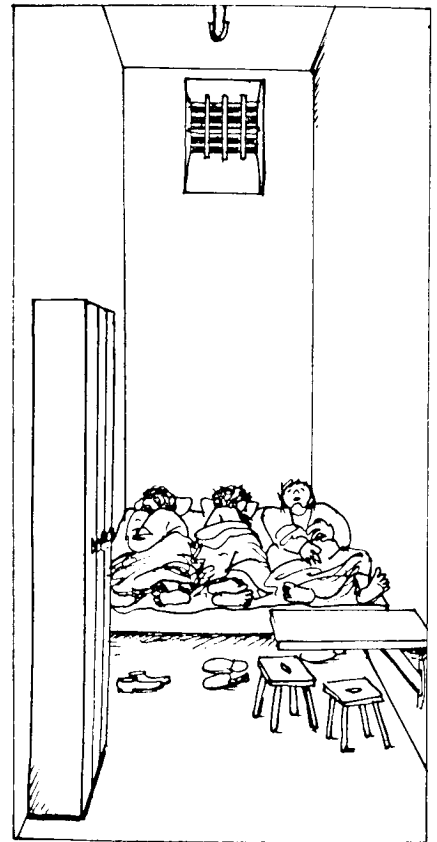
Meine Meinung:

Eine "Liberalisierung" des Strafvollzugs (mehr Ausgang, Fernsehapparat in der Zelle und ähnliches) nützt nicht viel. Nötig ist die "Sozialisierung" (bzw. "Nacherziehung") durch den Strafvollzug. Eine Strafanstalt kann aber nicht gleichzeitig Vergeltung üben, die Gefangenen sicher verwahren, reibungslos funktionieren, möglichst wenig kosten und erst noch sozialisieren (alles Forderungen der Öffentlichkeit!). Wir müssen uns also entscheiden.

Eine "böse" Ueberlegung: Die Stabilität unserer Gesellschaftsordnung beruht, überspitzt gesagt, darauf, dass die meisten Menschen Konflikte nicht angemessen lösen (d.h. in fairer Auseinandersetzung), sondern durch psychosomatische Krankheit, Neurose, Depression, Selbstmord, Sucht oder eben durch Kriminalität. Würden mehr Menschen lernen, wie man seine Interessen wirksam ver-

4 treten kann, könnte das den "herrschenden Kreisen" politisch gefährlich werden. Können diese Herrschenden somit daran interessiert sein, Kriminelle zu "sozialisieren"?

Liliane Goldberger



Gedanken zum modernen Strafvollzug

Im Gespräch über den modernen Strafvollzug stösst man oft auf Skepsis bis zu eindeutiger Ablehnung, nicht nur beim Bürgertum, sondern auch in Arbeiterkreisen. Beim Versuch, diese vorwiegend gefühlsmässig bedingten Aeusserungen zu ergründen, scheint mir die Frage nach unserem Rechtsempfinden und der geltenden Rechtsnorm in Beziehung zu unserer praktischen Erfahrung wichtig zu sein (als einer von verschiedenen Aspekten).

Unser Rechtsempfinden wird geprägt durch die geltende Moral, Ethik und Meinung der Herrschenden, wie sie z.B. in Filmen zum Ausdruck kommen: Das Gute siegt über das Böse. Es wird aber auch geprägt von der eigenen Erfahrung in der Familie, Schule am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft. Dies ist vor allem eine Erfahrung von ungleichen Rechten:

- Eltern haben mehr Rechte als Kinder
- Lehrer haben mehr Rechte als Schüler
- Chefs haben mehr Rechte als Untergebene

- Politisch Mächtige haben mehr Rechte als einfache Bürger.

Dies kann zu einer Grundhaltung führen, die sich nur am Buchstaben des geltenden Rechts orientiert, weil unser Rechtsempfinden wesentlich geprägt ist von erfahrener Ungerechtigkeit - von der Kindheit an bis ins Erwerbsleben - und drückt sich im Bedürfnis aus, Straffällige besonders hart zu strafen (im Sinne von absolutem Freiheitsentzug, verminderten Rechten und Vorenthaltung menschlicher Zuneigung).

Ebenso stossen wir in der herrschenden Gesetzgebung auf Widersprüche zwischen den geltenden Rechtsnormen für den Einzelnen und der gesellschaftlichen Realität. So ist z.B. die Aussage "Vor dem Gesetz sind alle gleich" nur bedingt richtig, denn in unseren Gesetzen sind den Besitzenden mehr Rechte zugestanden als den Besitzlosen: Der Schutz des Eigentums an Boden, Sachwerten und Produktionsmitteln geht allen andern Bedürfnissen vor. Diese Tatsache wird offensichtlich beispielsweise bei AKW-Geländebesetzungen oder beim Mietrecht.

Es gilt daher, unter anderem diese Zusammenhänge zu durchschauen und auch die Taten Straffälliger von diesen Gesichtspunkten her zu beurteilen. Die Folge solcher Überlegungen sollte nicht nur sein, sich für einen "modernen" Strafvollzug einzusetzen, sondern auch für die Revision solcher Gesetze, die zu Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten im Alltag führen.

Robert Theiler

Wahlrückblick

Es geht weiterhin aufwärts!!!

Im Gegensatz zum gesamtschweizerischen Ergebnis, wo die SP ihren Stimmenanteil nicht verbessern konnte (dafür hat sie im Ständerat tüchtig aufgeholt), haben wir bei den Nationalratswahlen im Kanton Zürich und auch in Wädenswil ein weiteres Mal gut abgeschnitten und trotz geringerer Stimmbeteiligung einen Stimmenzuwachs verzeichnen können.

In Wädenswil ist der positive Trend in den letzten Jahren besonders deutlich. 24% der Wähler haben 1979 die SP-Liste eingelegt (Linksparteien insgesamt 27%). 1975 waren es 19,3%, 1971 gar nur 14,5% gewesen. Mit den 24% wurden

5 nun sogar die guten Ergebnisse der Gemeinderatswahl 1978 und der Kantonsratswahl 1979 noch leicht übertroffen.

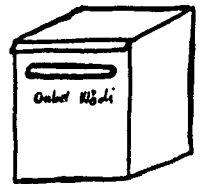
Einen persönlichen Erfolg konnte unser Wädenswiler Kandidat, Stadtrat Hans Schulthess, verbuchen. In Wädenswil erzielte er mit 1507 Stimmen (Isabel Schaltenbrand 1576, Norbert Kuster 1165) ein gemessen am SP-Stimmenanteil sehr gutes Ergebnis und überholte auf der SP-Liste sämtliche Spitzenkandidaten - eine verdiente Anerkennung seiner geradlinigen Politik durch die Wädenswiler Bevölkerung.

Allen Wahlhelfern, die mit ihrem Einsatz zum guten Ergebnis beigetragen haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Wir danken aber auch allen Wählern für ihre Unterstützung, die uns ermuntert, weiterzuarbeiten für die Verwirklichung unserer sozialdemokratischen Ideale.



Unser Briefkasten für Ahnungslose

*Ornel Wädi
antwortet*



Liebe Frau A.H. in V., ich muss Sie leider enttäuschen. Sie sind falsch informiert. Der Bundesrat denkt keineswegs daran, jenen Rentnern, die weit unter dem Durchschnitt Einkommen und Vermögen haben, den zum Durchschnitt fehlenden Betrag auszuzahlen. Trösten Sie sich halt mit meiner Tante, die vor kurzem mit 45 Jahren starb und durchschnittlich doch 78 Jahre alt hätte werden sollen, also gut und gerne noch 30 Jahre zu gut gehabt hätte.

Lieber Herr FRIEDEN - leider nicht - im EMD. Ihre Berechnungen über die Vernichtungsmöglichkeiten des Warschauerpaktes und der Nato sind leider falsch. In einem Atomkrieg könnte der Warschauerpakt Europa lolmal* total vernichten. Im Gegenschlag wäre es der Nato leider nur loomal* möglich, den Feind total zu zerstören. Aus diesem Grunde will die Nato jetzt weiter nachrüsten (Ein schönes Wort, nicht wahr?). Auf die Frage, ob die betroffenen Menschen wirklich damit einverstanden sind, kann ich Ihnen leider nur eines antworten: Wurden Sie in dieser Angelegenheit jemals um Ihre Meinung befragt?..... Also... frohe Festtage!

*=geschätzt



INTERVIEWS



Georg Wüest, Physiker, in Frauenfeld aufgewachsen, seit April 1979 in der SP, eifriger Fussballer

SO: Du hast an der letzten Parteiversammlung folgendes Anliegen zur Diskussion gestellt:

"Idee: Die Parteibasis soll durch die Behördenmitglieder besser informiert werden und vor allem soll sie selbst an der Politik mitwirken können. Mitglieder aus Fraktion/Schulpflege sollten deshalb regelmässig an den Parteiversammlungen berichten und die Parteimitglieder selbst sollten gezielte Anstösse einleiten können."

Ist demnach die Information in unserer Sektion ungenügend?

GW: Es harzt am Informationsaustausch. So weiss ich nicht, wie der einzelne Behördenvertreter amtiert, welche Aktivitäten er beabsichtigt und welche "Linie" er vertritt. Den Mandatsträgern sollte vermehrt bewusst werden, dass sie eben auch Parteivertreter sind.

SO: Du möchtest mit Deinem Vorstoss aber auch bewirken, dass die Parteibasis mehr an der aktiven Politik beteiligt wird?

GW: Die einzelnen Mitglieder sind vermehrt in das laufende politische Geschehen einzubeziehen. Zwar wurde auch bisher an Versammlungen referiert und diskutiert, jedoch zu wenig über die Tätigkeit unserer Behördenvertreter.

Meine Einflussmöglichkeiten als Parteigänger sind begrenzt, beispielsweise eine Idee aufzugreifen und dann (aufgrund demokratischer Meinungsbildung) einen verbindlichen Antrag zu stellen. Die Fraktion/Schulpflege hätte sich dann weiter mit diesem Beschluss zu befassen.

SO: Was versprichst Du Dir von Deinem Vorstoss?

GW: Dem einzelnen das Gefühl zu vermitteln "Mitarbeiter" und nicht "Mitläufer" zu sein. Der Basis würde der Weg, sich auch innerparteilich politisch aktiv zu betätigen, durch einen gezielten Informationsfluss seitens der Parteigremien und der Behördenvertreter wesentlich geebnet.

SO: Bekanntlich sind doch seit einiger Zeit die Fraktionssitzungen öffentlich.

GW: Nachteilig ist hier aber für den "Nicht-Gemeinderat" der relativ starre Ablauf, Zeitknappheit usw. Ausserdem wäre es weder sinnvoll, noch zumutbar, dass diejenigen, welche die Parteiversammlungen besuchen, auch noch an den Fraktionssitzungen teilnehmen.

SO: Und was hältst Du vom Gemeinderatsstamm?

GW: Dieser ist mir unbekannt. Jedenfalls würde ich es vorziehen, die Parteiversammlungen allgemein zu straffen, sodass mehr Zeit zum zwangslosen Zusammensitzen bliebe.

SO: Findest Du Fragestunden an Parteiversammlungen sinnvoll?

GW: Gedanklich unvorbereitet nicht. Vorteilhafter wäre, das Thema vorzeitig beim Vorstand anzumelden. Dieser könnte entsprechend Zeit an der Versammlung vorsehen. So würde vermieden, dass das Thema beispielsweise aus Zeitgründen nur noch am Rande behandelt werden könnte.

SO: Georg, wir danken Dir für dieses Gespräch. Die letzte Parteiversammlung hat beschlossen, dass sich nun eine noch zu bildende Arbeitsgruppe mit Deinem Vorstoss befassen wird.

Adrian Pretto

Helft mit, uns das VOLKSRECHT zu erhalten. Abonniert es!

- Ich möchte das «Volksrecht» unverbindlich kennenlernen und wünsche ein Gratisabonnement für 4 Wochen
- Ich abonniere ab sofort die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Tageszeitung «Volksrecht» zu 84 Fr.

Bitte an «Volksrecht», 8026 Zürich senden

Name: _____
Vorname: _____
Beruf: _____ Jahrgang: _____
Strasse: _____
PLZ Ort: _____

Legenden um den Hunger

7

An der Parteiversammlung im Februar werden wir uns mit der Entwicklungspolitik befassen. 2 Mitglieder der "Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik" der Stadtzürcher SP, Christiane Derrer und Peter Gerber, haben sich für die Gestaltung dieses Abends zur Verfügung gestellt. Als Einleitung haben sie uns folgenden Text zugestellt:

"Der Hunger in der Welt wird mit der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch den Einsatz von moderner Technologie überwunden werden". "Die müssen eben mehr arbeiten, dann können sie auch mehr produzieren". Solche oder ähnliche Meinungen oder "Mythen" sind weitverbreitet. Wir haben uns anhand



der neuesten Literatur über die Hintergründe des Hungerproblems informiert und möchten nun unser Wissen gerne als Grundlage für eine Diskussion innerhalb der SP Wädenswil einsetzen, um einige Hunger-Mythen zu entlarven. Der Hunger soll als Beispiel für ungerechte soziale Verhältnisse stehen, die einer tiefgreifenden Aenderung bedürfen. Wir wollen mit Hilfe verschiedener Medien und der Diskussion in Kleingruppen aufzeigen, dass die Menschen in den unterentwickelten Ländern die Möglichkeit

haben müssen, die sie betreffenden Entscheidungen selbst zu fällen und ihre Rohstoffprodukte zu kontrollieren. Zum Schluss wird uns die Frage beschäftigen, was die SP im allgemeinen und jede(r) einzelne von uns tun könnte, um einer Lösung des Hungerproblems näher zu kommen.

Bücher zu diesem Thema: "Ueberentwicklung - Unterentwicklung" von Rudolf H. Strahm, Fr. 7.40. "Zerstörung durch Ueberfluss" von Anne-Marie Holenstein. "Vom Mythos des Hungers" Joseph Collins und Frances Moore Lappe.

SPLITTER

An einer SVP-Mitgliederversammlung sprach sich eine grosse Minderheit gegen die Senkung des Steuerfusses aus. An der Gemeinderatssitzung stimmte die Fraktion geschlossen für die Senkung des Steuerfusses. Gibt es in der SVP eine "Diktatur der Parteigewaltigen"?

In einem "Exklusiv-Interview" im AAZ standen Norbert Kuster und Bruno Ern Red und Antwort auf Fragen zur Finanz- und Steuerpolitik unserer Stadt. Der AAZ liess die Fragen durch einen "engagierten und versierten Stimmbürger und Steuerzahler" stellen. Der Name des Fragestellers wurde entgegen den Gepflogenheiten von seriösen Zeitungen nicht genannt. Recherchen ergaben, dass es sich beim Fragesteller um den engagierten und versierten FDP-Parteipräsidenten und ehemaligen Gemeinderat (RPK-Mitglied) Edgar Cantieni handelt. Warum das Licht unter den Scheffel stellen? Für den proporzmassigen Ausgleich bei der Fragestellung kann ja beim nächsten Budget gesorgt werden...

Fehls Wochenschau

(Aus «Wiener AZ»)



007 für Switzerland





Einladung zur Parteiversammlung

am Donnerstag, 10. Januar 1980, 20.00 Uhr

im Hotel Du Lac, 1. Stock

Thema: Stellungnahme zum Gesamtplan für die Region Zimmerberg

Wir empfehlen allen Parteimitgliedern, den im Stadthaus aufgelegten Plan anzuschauen und eventuell auch als Privatperson Einwendungen zu machen



VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 10. Jan.: Parteiversammlung (siehe oben)

Samstag, 12. Jan.: Bezirksdelegiertenversammlung. 9 Uhr, Hotel Du Lac, W'wil

Donnerstag, 24. Jan.: Versammlung SP und Gewerkschaftskartell

Mittwoch, 6. Febr.: Parteiversammlung (s. S.7). 20 Uhr, Du Lac

Freitag, 14. März: Generalversammlung



Wir gratulieren



Silvia und Ruedi Stolz zur Geburt ihrer Tochter Martina am 23. September 1979

1979 hat das Schweizervolk ein neues Parlament gewählt. Die Wähler, zu über 70 Prozent aus Mietern bestehend, lassen ihre Interessen in Bern nach wie vor zu rund vier Fünftel von Hauseigentümern vertreten. Jedes Mietervolk hat das Mietrecht, das es verdient!



Die SO-Redaktion wünscht allen Lesern ein gutes Neues Jahr!

Dementi der Woche

Das Eidgenössische Militärdepartement stellt in Abrede, dass ausser dem «Spion» Schilling und dem Militärzeitschrift-Oberst Mark noch andere Armee-Persönlichkeiten mit ausländischen Währungen zu verwechseln seien. Weder habe man in den Personalakten Namen wie Lire oder Dollar gefunden noch einen verdächtigen Rubel. Hingegen sei in einer Abteilung eine Frau Pfund ange stellt, aber aus prinzipiellen Gründen würden Frauen nicht für Aufgaben jenseits der Grenzen eingesetzt, heisst es in der Mitteilung. Dementator

Wetterprognose

So hört denn, Kinder, diese Mär: Polarluft fliesst von England her und stellt sich vor den Alpen quer. Dort lässt sie ihre Ladung gheien; darum, ihr Kinder, wird es schneien. Stark bewölkt mit einigen Schneefällen.

AZ 8820 Wädenswil

Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15

3003 Bern